

Schach dem inneren Angriff

Objektyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen**

Band (Jahr): **135 (1957)**

PDF erstellt am: **15.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

schiffahrtsflagge zu schaffen und ein eidgenössisches Seeschiffahrtsamt in Basel zu errichten. Damit sollte den immer grösser werdenden Transportschwierigkeiten für unsere Importe und Exporte entgegengewirkt werden.

Was der Frühjahrsfeldzug der Deutschen hatte vermuten lassen, wurde am 22. Juni 1941 zur Tatsache: die deutsche Kampfansage an Sowjetrussland. Obgleich die Presse, natürlich mit der gebotenen Zurückhaltung, bereits Tage vorher diese Möglichkeit angetönt hatte, kam die Nachricht von der deutschen Kriegserklärung an die Russen ebenso unerwartet wie seinerzeit die Mitteilung vom Abschluss eines deutsch-russischen Nichtangriffspaktes. Damit hatte der Krieg zweifellos einen ersten grossen Wendepunkt erreicht.

Schach dem inneren Angriff

Hatte vor dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges ein eindeutiges militärisches Übergewicht der Achsenmächte auf dem europäischen Kontinent bestanden, so erwartete der aufmerksame Beobachter nach dem 22. Juni, dass sich allmählich ein Kräftegleichgewicht anbahnen werde. Zwar sah es in den ersten Monaten der Kämpfe im Osten gar nicht danach aus, aber schliesslich sollten doch alle jene Recht behalten, die den Angriff Hitlers auf die Sowjetunion als einen Fehler betrachteten. England, das bis dahin den Kampf allein hatte ausfechten müssen, erreichte eine beträchtliche Verbesserung seiner strategischen und militärischen Lage. Gleichzeitig mit der unerwarteten Verbindung zwischen dem demokratischen England und dem totalitären russischen Staat verlor die bisher eindeutig antifascistische Ideologie als Grundlage der geistigen Kriegführung Englands gegen Deutschland und Italien ihre Bedeutung und trat mehr als bisher hinter machtpolitischen Erwägungen zurück.

Auch für die Schweiz ergab sich aus der Verschiebung der wichtigsten deutschen Kampfeinheiten nach Osten eine bedeutende militärische Erleichterung, wenn auch deutscherseits zunächst noch genügend Truppen für einen Angriff gegen unser Land zur Verfügung gestanden hätten. Die Zahl der im Felde stehenden Soldaten konnte in der Schweiz von 170000 im Juli 1941 auf rund 70000 Mann bei Jahresende herabgesetzt werden; ein neuer Ablösungsplan führte insofern zu einer Entlastung, als die Einheiten des Auszuges und der Landwehr nun innerhalb eines Vierteljahres nur noch einmal zu fünfwöchigem Grenzdienst einrücken mussten.

Es war zu erwarten, dass die deutschen Machthaber jetzt noch mehr als bisher den Akzent auf die politische Zermürbung unseres Landes legen würden, da ein militärischer Angriff unter den neuen Umständen noch weniger Erfolg versprechen musste als in der Vergangenheit. Welcher Mittel sich die deutsche Propaganda in Zukunft bedienen werde, dies deutete Albert Oeri am 24. Juni 1941 in seinem berühmt gewordenen Leitartikel «Kreuzzug? Beutezug? Kriegszug?» klar genug an. Er bemerkte darin:

«Sofort nach dem Bruch der Achsenmächte mit der Sowjetunion wird jetzt in der deutschen und in der italienischen Presse zugleich die Parole ausgegeben, der beginnende Russenkrieg sei ein Kreuzzug. Es ist anzunehmen, dass eine Weltpropaganda mit dieser Kreuzzugs-idee bevorsteht. In Wirklichkeit handelt es sich aber nicht um einen Kreuzzug in der üblichen Bedeutung eines ideologisch begründeten Krieges, sondern höchstens um einen «Hakenkreuzzug». Man hat Adolf Hitler, als er sich beim Kriegsausbruch vor zwei Jahren mit der Sowjetunion verständigte, zu Unrecht vorgeworfen, er gebe damit seine antibolschewistische Gesinnung preis. Ebenso falsch wie jener Vorwurf ist aber auch der heutige Versuch, eine militärische Offensive als nationalsozialistische Gesinnungsoffensive zu drapieren. So wenig wie 1939 wird 1941 mit Weltanschauungen und auf Weltanschauungen geschossen.»

Wer für die machtpolitischen Ziele Deutschlands auf dem direkten Weg nicht zu gewinnen war, sollte nun auf dem Umweg über den antibolschewistischen Feldzug dafür begeistert werden. Darüber liess die deutsche Propagandaagitation auch in der Schweiz keinen Zweifel offen. Hitler, der eben noch den Plutokraten den Kampf angesagt hatte, beschwor nun auf einmal das Schreckgespenst Bolschewismus und bezeichnete seine Armee als Bollwerk der Zivilisation gegen den asiatischen Kommunismus. Träger des neuen Propagandagedankens waren in unserem Land, abgesehen von deutscher Presse und Radio, die schweizerischen Rechtsextremisten, ob sie von Deutschland aus oder in der Schweiz selbst tätig waren. Wie schon früher taten sich wiederum Leonhardt und seine Genossen, meist von Lörrach aus, in dieser Richtung besonders hervor. Sie traten nun unter dem Namen «Nationalsozialistische Bewegung in der Schweiz» mit Schmier- und Klebaktionen an die Öffentlichkeit und richteten einen offenen Brief an den Bundesrat, in dem sie erklärten, im Kampf gegen Russland dürfe es für die Schweiz keine Neutralität mehr geben. Schliesslich verlangten sie sogar, die Hälfte der mobilisierten Schweizer Truppen sei für den Krieg gegen Russland einzusetzen. Auch wurde von ihnen die unwahre Behauptung verbreitet, der schweizerische Generalstab und General Guisan hätten in Verbindung mit Frankreich festgelegt, in welcher Weise die Schweiz an der Seite der Alliierten gegen Deutschland in den Krieg eintreten könnte. In

den Propagandaschriften dieses Kreises wurde General Guisan als «gefährlichster Landesverräter aller Zeiten», als «Staatsfeind Nr. 1» und im Hinblick auf die Reduitplanung als «zerstörungswütiger Säbelrassler» bezeichnet. Den Tiefpunkt bildete das Versprechen «Wir werden nicht ruhen und rasten, bis das Hakenkreuz über der Kuppel des Bundeshauses flattert». Die verräterischen Handlungen des Kreises um Leonhardt fanden durch eine Aktion der Politischen Polizei in Basel ihr Ende. Durch ein Urteil des Strafgerichtes Basel-Stadt wurde Leonhardt zu zehn Jahren, sein wichtigster Mitarbeiter Burri zu sieben Jahren Zuchthaus in contumaciam verurteilt, 45 Mitangeschuldigte erhielten Strafen von einem Monat Gefängnis bis zu vier Jahren Zuchthaus.

Ähnliche Verräterorganisationen waren die «Freunde Deutschlands» (auch «Kampfbund Speer»), deren Ziel darin bestand, nach dem Muster von Quisling und Seyss-Inquart die überzeugten schweizerischen Nationalsozialisten zu sammeln und für eine Aktion der Fünften Kolonne zu schulen. Andere Fanatiker gründeten Kampfbünde mit der Absicht, sobald diese stark genug waren, wichtige Punkte im Land zu besetzen und eine deutschfreundliche nationalsozialistische Regierung einzusetzen. Dabei wurde auf die Mithilfe Deutschlands spekuliert. Staatsgefährliche Tendenzen zeigte auch die in Basel gegründete «Eidgenössische Arbeiter- und Bauernpartei», deren Mitglieder zum grossen Teil schweizerische Arbeiter und Angestellte der Deutschen Reichsbahn waren. Besondere Aufmerksamkeit schenkten die Behörden der «Eidgenössischen Sammlung» und deren Nebenorganisationen, die zusammen rund 2400 Mitglieder umfassend, im allgemeinen weniger offensichtlich, aber ebenso gefährlich wie andere nationalsozialistische Vereinigungen den schweizerischen Staat unterhöhlten.

Erst im Zusammenhang mit den vielen Untersuchungen wegen Spionageverdacht wurde den Schweizern so recht klar, wessen sie sich von Seiten dieser illegalen Organisationen zu versehen hatten. Viele unter deren Mitgliedern beschränkten sich nämlich nicht auf propagandistische Tätigkeit, sondern liessen sich willig in das Spionagenetz der Deutschen eingliedern.

Bundesrat E. von Steiger, Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, stellte am 16. April 1942 in einer öffentlichen Rede fest, dass Landesverrat und Spionage im vergangenen Jahr häufiger geworden seien, und dass sich eine systematische Auskundschaftung unserer militärischen Verhältnisse abzeichne. In den Jahren 1941/42 wurden wegen Verrates militärischer Geheimnisse, wegen militärischer, politischer und wirtschaftlicher Nachrichtendienste zum Nachteil der Schweiz in unserem Land über 400 Personen, darunter eine grosse Zahl Mitglieder rechtsextremistischer

Gruppen, verhaftet. Nicht greifbar waren alle jene, die aus der diplomatischen Immunität ihrer Standorte Nutzen ziehend, gegen die Schweiz konspirierten. Es handelte sich vornehmlich um deutsche Beamte, dann aber auch um Agenten im Dienste der deutschen Spionage-Abwehrzentrale Stuttgart, die von dorthin in die Schweiz geschickt wurden. Sie kamen legal oder illegal über die Grenze, waren oft mit falschen Ausweisschriften und sogar mit nachgeahmten Lebensmittelkarten versehen. Einzelne brachten Schweizer Karten im Masstab 1:25 000, ferner Miniaturphotoapparate und Generalabonnemente der SBB mit. Für die Übermittlung der Meldungen wurde meist der diplomatische Kurier der Gesandtschaft verwendet.

Zu Beginn des Jahres 1942 wurde der Konsulatsangestellte Bögemann in Basel von den schweizerischen Behörden an die Grenze gestellt, weil er in eine schwerwiegende Spionageaffäre verwickelt war; auch der Kanzler und der Sekretär des Basler Konsulates befassten sich mit verbotenen Nachrichtendienst und mussten daher sofort nach Kriegsende unser Land verlassen. In einem weiteren Spionageprozess waren von elf Angeklagten deren acht Beamte oder Angestellte der Reichsbahn, in einem andern Spionagefall hatten die sieben Angeklagten, sämtlich Angestellte im Badischen Bahnhof, die Befestigungsverhältnisse in der Stadt Basel ausgekundschaftet und Mitteilungen darüber ihren Vorgesetzten zukommen lassen. Ein Überblick ergibt, dass im Laufe des Krieges rund hundert Personen, Deutsche und Schweizer, die bei der Reichsbahn in Basel tätig waren, wegen Spionageverdachtes verhaftet werden mussten. Fast ohne Ausnahme konnten sie der Tat überführt werden. Wie weit die Fäden der deutschen Spionage in unserer Stadt gingen, ist etwa daran zu erkennen, dass die deutsche Wehrmacht für den Fall eines Angriffes gegen die Schweiz bereits ein Sonderkommando bestimmt hatte, durch das die Beamten der Basler Politischen Polizei und ihre Akten sichergestellt werden sollten. Im berühmten Spionagefall Böswald, der erst nach Kriegsschluss vom Basler Strafgericht zu beurteilen war, stellte sich heraus, dass der Hauptangeklagte als a.o. Kriminalkommissär des Basler Polizeidepartementes dem deutschen Sicherheitsdienst in Lörrach laufend die Namen elsässischer Flüchtlinge mitgeteilt und damit bewirkt hatte, dass deren Angehörige von der Gestapo nach Osten deportiert wurden.

Besondere Geschäftigkeit entwickelten die deutschen Organisationen in der Schweiz, so lange die äusseren Ereignisse, vor allem die grossen militärischen Erfolge in Russland, ihre im wesentlichen propagandistischen Bestrebungen unterstützten. Zahlreich waren die Veranstaltungen der Deutschen Kolonie, die als Sammelbecken aller nationalsozialistischen Organisationen in Basel gelten durfte. Man zählte an diesen geschlossenen

Feiern zur Machtergreifung, zu Hitlers Geburtstag, zum Erntedankfest bis zu 2300, nie aber unter 800 Teilnehmer, darunter zahlreiche geladene Schweizer, auch solche in jugendlichem Alter. Nie bot sich den direkten Sendlingen Hitlers bessere Gelegenheit, dem Gastland freche Anschuldigungen ins Gesicht zu schleudern, als bei solchen Festlichkeiten. Seit Dezember 1941 verfügten die Deutschen in Basel an der St. Albanvorstadt über ein eigenes Parteiheim («Braunes Haus»), in dessen 32 Räumlichkeiten die Geschäftsstellen der Parteiorganisationen und die Versammlungssäle für die Kolonie untergebracht waren. Allein im Jahre 1942 fanden hier 190 Veranstaltungen der deutschen Gruppen, Filmabende, Instruktionkurse und anderes statt. Der Sinn dieser Parteiburg im fremden Staat wird jedem klar, der die Worte des Berliner Gauamtsleiters bei der Eröffnung durchschaut: «Jawohl, wir sind Agenten, wir sind Agenten des Deutschtums, der deutschen Kultur und des Nationalsozialismus. Das müssen sich die Feinde Deutschlands merken.» Um dem Heim die Vorteile der diplomatischen Immunität zu sichern, wurden sogar gewisse Abteilungen des deutschen Konsulates dorthin verlegt.

Welche Geringschätzung gegenüber der Schweiz als Kleinstaat sprach aus dem Verhalten des deutschen Generalkonsuls, der sich immer erneut beim Polizeidepartement über unsere Bevölkerung, und speziell über die Tagespresse beschwerte, wobei er sich ganz kühn auf den Bundesratsbeschluss betreffend Strafbestimmungen gegen die Störungen der Beziehungen zum Ausland berief. Doch nicht genug: seine Kritik war mit Drohungen verbunden. Danach sei das Dossier Schweiz beim Auswärtigen Amt in Berlin derart schwer belastet, dass der geringste Zwischenfall genügen könne, um einen für die Schweiz folgenschweren Entschluss des Führers zu bewirken. Gleichzeitig wies er ganze Bündel mit Ausschnitten aus den hiesigen Zeitungen vor. In diesen Rahmen passt auch das Verhalten der nationalsozialistischen Sportgruppe, deren rund 200 Mitglieder im Deutschen Heim und in den Kellerräumlichkeiten des Güterbahnhofes DRB zu Stosstrupps ausgebildet und stets einsatzbereit gehalten wurden.

Während die meisten Fälle militärischer Spionage gegen unser Land zu Lasten Deutschlands fielen, waren am wirtschaftlichen Nachrichtendienst und an der propagandistischen Einwirkung auch andere kriegführende Mächte beteiligt; doch zeichnete sich von dieser Seite niemals eine ernsthafte Bedrohung der Grundlagen unseres Staates ab, ausgenommen in den Bestrebungen des fascistischen Italiens, von denen allerdings in Basel weniger zu verspüren war als zum Beispiel im Kanton Tessin. Im Hinblick auf die Gefährdung der Armee durch revolutionäre Parolen war die Kommunistische Partei bereits am 26. November 1940 aufgelöst worden; doch ent-

falteten die führenden Kommunisten nun eine rege illegale Tätigkeit, namentlich in propagandistischer Hinsicht. Im Februar 1941 unternahm die Bundespolizei eine Aktion gegen eine kommunistische Propagandaorganisation in Bern, Basel und Zürich. Seit dem Ausbruch des deutsch-russischen Krieges war diese politische Richtung wieder ein selbständiger Faktor und führte den Kampf gegen den nationalsozialistischen Gegner viel heftiger, als dies der legalen Presse möglich war. Im Interesse einer Stärkung des Widerstandswillens gegen Deutschland vermied sie nun alle antimilitaristischen und pazifistischen Tendenzen und auferlegte sich auch in ihrer revolutionären Zielsetzung gewisse Schranken, allerdings weniger vom schweizerischen Gesichtspunkt aus, als zur Förderung der alliierten, vornehmlich der russischen Kriegführung.

Die Abwehr der Schweiz gegen die Angriffe von innen, die vor allem deutscherseits nur als Vorbereitung des äusseren Angriffes gedacht waren, konzentrierte sich auf die strafrechtliche Verfolgung von Spionage und Verrat, ebensowohl aber auch auf Gegenwirkung im geistigen und politischen Bereich. Besonders tiefen Eindruck hinterliessen auch in Basel die 33 Todesurteile, die zwischen 1940 und 1945 von den schweizerischen Militärgerichten, gestützt auf den Bundesratsbeschluss vom 28. Mai 1940, wegen Verletzung militärischer Geheimnisse und Landesverrats ausgesprochen werden mussten. Zwar sieht das Militärstrafrecht für Kriegszeiten und auch für Zeiten unmittelbar drohender Kriegsgefahr die Einführung der Todesstrafe vor; doch wollten die Behörden nicht auf diese Bestimmungen zurückgreifen, sondern erliessen eine Notverordnung. Deren innere Begründung lag im drohenden strategischen Überfall. Die Bestrafung der erfolgreichen Spione konnte die Vorbereitungen zum Angriff nicht mehr verhindern, daher musste man vom Strafrecht in diesem Fall eine ausserordentliche Wirkung, nämlich Prävention verlangen. Diese äusserste Strafandrohung war um so wirksamer, als es sich nur bei wenigen Mitgliedern der Spionageringe um ideale Fanatiker, sondern meist um willensschwache, charakterlich schlechte Elemente handelte, die sich um schnöden Lohn missbrauchen liessen. Die Fünfte Kolonne, deren Aufgabe darin bestand, die schweizerische Abwehr gegen den deutschen Angriff zu erschweren, bewirkte eine Art latenten Kriegszustand mit Deutschland, und die schweizerische Spionageabwehr befand sich also in dieser Hinsicht gewissermassen direkt vor dem Feind. Allein bei der Basler Politischen Polizei gingen zwischen 1938 und 1945 rund 20000 Anzeigen wegen Verdachts von Spionage und Verrat ein; die Zahl der aus diesem Grund Verhafteten belief sich hier bis 1945 auf über 1000; davon wurden 8 zum Tode, 15 zu lebenslänglichem Zuchthaus, 150 mit Zuchthaus von drei bis fünfzehn Jahren und 700 mit

Gefängnis bis zu vier Jahren bestraft. Auf keinem Gebiet fanden unsere Behörden eine so rückhaltlose, geradezu übereifrige Unterstützung durch alle Kreise der Bevölkerung, wie auf demjenigen der politischen Abwehr.

Wenn sich die Basler Öffentlichkeit im allgemeinen gesehen gegenüber dem Angriff von innen erstaunlich widerstandsfähig zeigte, dann beruhte dies allerdings viel weniger auf den erwähnten Strafandrohungen als auf einem natürlichen Widerstandsgeist, der von verschiedener Seite systematisch gefördert wurde. Aus der europäisch-christlichen und der humanistischen Gesinnung heraus, die unsere Stadtgeschichte von jeher kennzeichnete, lehnte Basel das mit grossem Gepränge angebotene fremde Gedankengut diskussionslos ab. Besondere Erwähnung verdienen hier die Tageszeitungen aller parteipolitischen Färbungen, die denn auch nicht zufällig den deutschen Stellen stets ein Dorn im Auge waren. In Erinnerung bleiben neben den Glossen Salanders (Dr. A. Kober) die Samstag-Morgen-Leitartikel von J. B. Rusch in der «National-Zeitung» und die weitherum gelesenen militärischen Lagebetrachtungen von Legatus (Oberst O. Frey) in den «Basler Nachrichten». Diesen wie auch andern mutigen Publizisten galten die drohenden Äusserungen des deutschen Reichspressechefs, der einmal den schweizerischen Journalisten die Verbannung in die asiatischen Steppen in Aussicht stellte.

Je deutlicher an der russischen Front die Initiative vom Angreifer auf den Verteidiger überging, als desto dringender erachteten es unsere Behörden, dass sich die Schweizer Presse nicht anmerken lasse, wie sehr der einzelne Bürger jene Vorgänge miterlebte, die für das Schicksal seines Landes in einem günstigen Sinne entscheidend sein konnten. Sich stille verhalten, war weiterhin die pressepolitische Losung; doch jetzt musste nicht mehr wie noch vor anderthalb Jahren der Defaitismus, sondern die optimistische Stimmung zurückgebunden werden. Die veränderte geistige Situation konnte natürlich am neutralitätspolitischen Status nichts ändern; immerhin stellte sich in der Öffentlichkeit die Frage, ob die pressepolitische Haltung unserer Behörden nicht doch zu ängstlich sei. Nationalrat Dr. M. Feldmann äusserte in seiner Schrift «Zur Lage der Schweiz» ernste Bedenken gegen die Meinung des Vorstehers des eidgenössischen Politischen Departementes, dass Schweigen die beste Rede sei. Man dürfe dem Schweizer Volk unter Hinweis auf die Neutralität den Anspruch auf eine eigene selbständige Orientierung und auf eine eigene Meinung über die Weltereignisse nicht bestreiten. Auf jeden Fall bewies die Haltung der deutschen Regierung und speziell ihrer Presse unserem Land gegenüber nicht das geringste Verständnis für die staatliche Lenkung unserer Zeitungen. Typisch war dafür die Schreibweise der süddeutschen Parteiblätter, besonders des «Alemannen»,

der die Schweiz immer wieder mit Liebenswürdigkeiten besonderer Art bedachte, so unter anderem, wenn er bemerkte: «Die Schweiz ist ein kleines Ländchen, angefüllt mit hohen Bergen, grosser politischer Einbildung und noch grösseren Worten, aber als Staat beziehungsweise Stätchen abhängig vom guten Willen der umliegenden Grossmächte.»

Besondere Kritik richtete sich auch gegen die Asylrechtspolitik der eidgenössischen Fremdenpolizei, als im Sommer 1942 einige hundert deportierte französische Juden unsere Grenzen illegal überschritten und um Asyl nachsuchten. Es bestand die Absicht, diese wieder auszuweisen. Dr. H. Zbinden machte sich zum Sprachrohr des überwiegenden Teils der öffentlichen Meinung, als er in der «National-Zeitung» mahnte:

«Es wird in diesen Zeiten immer wieder betont, dass schweizerisch und christlich gleichbedeutend seien. Flüchtlinge an die Grenze zurückzustellen und sie ihren Verfolgern auszuliefern, ist aber weder schweizerisch noch christlich, weil es nicht menschlich ist. Es ist der Ausdruck einer bedenklichen Verirrung der Geister und der Gewissen.»

Am 1. August 1941 feierte die Schweizerische Eidgenossenschaft inmitten einer kriegerischen Welt ihren 650. Geburtstag in schlichter, dem Ernst der Zeit angepasster Weise als eigentliche Besinnungsstunde. Trotz dem Kriegsgetümmel fand die Presse der wichtigsten ausländischen Staaten – Deutschland ausgenommen – Worte der Anerkennung und der Sympathie für unser Staatswesen. Im Mittelpunkt stand die Bundesfeier in Schwyz, an der der Bundesrat in corpore, der General und die Abordnungen aller Kantonsregierungen teilnahmen. In Basel folgten rund 20000 Personen dem Ruf der Regierung zur Bundesfeier auf dem Sportplatz Schützenmatte. Nach der Festansprache von Regierungsratspräsident G. Wenk hörte die Versammlung eine aus Schwyz übertragene Botschaft des Bundesrates und grüsste die von dort mit dem Rütlifeuer eintreffenden Stafettenläufer. In einer besonderen Feier gedachten die oberen Schulen unserer Stadt des historischen Ereignisses. An das Wort Adrians von Bubenberg anknüpfend: «Die Eidgenossenschaft hat ein einziges Bollwerk: Eure Entschlossenheit und Wachsamkeit», wies Dr. G. Steiner als Festredner auf die entscheidende Bedeutung der Jugend hin, auf die wichtige Rolle der Schule im erfolgreichen Kampf gegen den politischen und militärischen Angriff.

Im Zeichen der geistigen Landesverteidigung stand auch die Tätigkeit verschiedener Basler Verleger, die in Anbetracht des Zusammenbruchs deutscher Verlagsproduktion die Initiative zur Publikation von wissenschaftlichen Lehr- und Handbüchern und zur Veröffentlichung von Klassiker-Ausgaben für jeden Leser ergriffen.

Ein ganz besonderes Verdienst in der Bekämpfung der nationalsozialistischen Flut kam der Sektion «Heer und Haus» im Armeestab zu. Diese, in der kritischen Zeit von Oberst Oscar Frey, dem früheren Kommandanten des Basler Inf. Reg. 22, betreute Abwehrgruppe hatte die Aufgabe, den Geist des unbedingten Widerstandes, der die Armee beseelte, auch auf die Zivilbevölkerung zu übertragen. Galten die Bestrebungen dieser Gruppe zwar zunächst dem Ziel, die geistigen Bedürfnisse der im Felde Stehenden zu befriedigen, so stand für sie seit dem Frühjahr 1940 die Aufklärung der Zivilbevölkerung im Vordergrund. Der militärische Schock jener Zeit traf unsere Bevölkerung um so härter, als er auf Menschen traf, die gleichzeitig in mannigfaltiger Weise durch eine mit allen modernen Mitteln aufgezoogene fremde Propaganda bearbeitet wurden. Die Sektion «Heer und Haus» suchte nun den Kontakt mit allen Kreisen, wirkte durch zahlreiche hervorragende Referenten an Orientierungsabenden aufklärend auf die Bürger ein, eine Arbeit, die auch deshalb wertvoll war, da die Presse in dieser Funktion weitgehend lahm gelegt war. Zahlreich waren auch in Basel die geschlossenen Versammlungen, an denen Oberst Frey, die Seele des Widerstandes, – wie er genannt wurde – unter gespannter Aufmerksamkeit Tausender den tieferen Sinn der Tagesereignisse erläuterte und immer wieder, selbst in scheinbar hoffnungsloser Lage, mit Überzeugung zum erbarmungslosen Kampf gegen den äusseren und inneren Feind aufforderte. In ähnlicher Weise verstand es auch der Zürcher Historiker Prof. Karl Meyer an verschiedenen Veranstaltungen in unserer Stadt, die Zuhörer durch seine rednerische Glut hinzureissen. Im Gegensatz zum ersten Weltkrieg blieb die innere Front geschlossen, kein Graben trennte Welsche und Deutschschweizer, kein Generalstreik drohte, Unternehmer und Arbeiter zu Feinden werden zu lassen. Dies war nicht zuletzt den Bemühungen der Sektion «Heer und Haus» zu verdanken.

Der Ausbruch des deutsch-russischen Krieges hatte eine Umkehr der militärpolitischen Situation in Europa als möglich erscheinen lassen; der von den Japanern im Dezember 1941 provozierte Kriegseintritt der USA an der Seite der Alliierten machte eine allmähliche Kräfteverschiebung wahrscheinlich, und die ersten grossen russischen Verteidigungserfolge im Jahre 1942 bestätigten schliesslich die Hoffnungen, die in dieser Richtung überall in Europa gehegt worden waren. Erst das Erscheinen der Amerikaner auf dem europäischen Kriegsschauplatz, nämlich die Invasion Nordafrikas im November 1942, bewirkte die endgültige Störung des militärischen Gleichgewichts zuungunsten der Achsenmächte. Damit stieg auch die Gefahr, dass der Krieg sich wieder der Schweizer Grenze nähern könnte.